wird. (Stürm. Hört, hört! b. d. Regierungsparteien u. links.) Die ungeschickte Behandlung wichtiger außenpolitischer Fragen hat nicht nur unser Ansehen im Rat der Völker schwer geschädigt, sondern auch den Frieden gefährdet. (Beif. b. d. Natsoz.) Vordringlichste Aufgabe der deutschen Außenpolitik ist planmäßige Förderung eines Bündnissystems mit den Völkern, die unter dem Versailler Vertrag ebenfalls leiden. Wir machen der Regierung Brüning ausdrücklich zum Vorwurf, daß sie, wie alle ihre Vorgänger, im Kampfe gegen die Kriegsschuldlüge kläglich versagt hat. Wir können ihr deshalb auch auf außenpolitischem Gebiete nicht das mindeste Vertrauen entgegenbringen.

In der Zusammenlegung des Reichswehr- und Reichsinnenministeriums sehen wir eine verhängnisvolle Belastung der Reichswehr mit politischen Auseinandersetzungen. Unsere Armee darf nur für wehrpolitische Fragen in Anspruch genommen werden."

Dr. Frick schließt mit den Worten: „Wir sprechen dem Kabinett Brüning unser Mißtrauen aus und erwarten die Zustimmung aller volksbewußten Mitglieder dieses Hauses. Wir betonen unseren unbeugsamen Entschluß, nicht zu ruhen, bis wir im Bewußtsein unserer Verantwortung und Kraft die Führung der Nation zum Wohle seiner werktätigen Schichten in Händen halten. Unsere Regierungserklärung wird kurz sein. Sie wird lauten: Kraft und Wille, Freiheit, Arbeit und Brot." (Langanhaltender, stürmischer Beifall bei den Natsoz., die darauf geschlossen unter Heilrufen den Saal verlassen.)

Abg. Remmele (Komm.) sagt der Regierung schärfsten Kampf an.

Als nächster Redner erhält der

deutschnationale Fraktionsführer Dr. Oberfohren

das Wort. (Die Rechte erscheint langsam wieder im Saale.) Damit kein Irrtum entsteht, so erklärt der Redner, will ich feststellen, daß wir nicht in den Reichstag zurückgekommen sind und nicht in diesem Reichstag auftreten, um ein parteipolitisches Palaver zu führen.

Wir sind nur gekommen, um Abrechnung zu halten.

Wir kommen in diesen Reichstag, um eine Kriegsansage zu überbringen, diesem System und seinen Trägern. Wir halten den Zeitpunkt für gekommen, um festzustellen, daß diejenigen, die nichts vorausgesehen haben, und die infolgedessen das deutsche Schicksal nicht wenden konnten, endlich zurücktreten und Platz machen müssen den Kräften, die Weg und Ziel der Rettung kennen.

Herr Dingeldey hat in einer Rede vom vorigen Sonntag, in der sonst allerhand zarte Ansätze zu besserer Einsicht feststellbar waren, die Behauptung aufgestellt, die nationale Opposition habe mit ihrer Selbstausschaltung und ihrem Auszug aus dem Reichstag einen ungeheuer schweren Fehler begangen. Ich habe den Eindruck, daß Herr Dingeldey noch sehr wenig Kontakt mit der wirklichen Bewußtseinverfassung der deutschen Bevölkerung hat.

Wir haben es gar nicht nötig, den Akt, den wir damals vollzogen haben, irgendwie zu rechtfertigen, denn ein Meer von Zustimmung strömte der nationalen Opposition entgegen, als sie damals aus dem Reichstag auszog.

Mit diesem parlamentarischen Hin und Her, mit dem Auskalkulieren von Einzelvorteilen für Berufsstände usw. wollen wir nichts mehr zu tun haben. War es nicht unerhört, daß man damals unter offenem Druck der Reichsverfassung die Geschäftsordnung geändert hat? War es nicht unerhört, wie damals eine Mehrheit von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei sich gegenüber der nationalen Opposition, insbesondere den Nationalsozialisten, verhielt, indem man erklärte, daß man alle Strafverfolgungsanträge unbesehen genehmigen werde? Man wollte die Opposition dem Strafrichter ausliefern und sie damit mundtot machen, daß man sie ins Gefängnis werfen ließ. Das sind Methoden, die wir Ihnen einmal hundert- und tausendfach heimzahlen werden. (Stürmischer Beifall rechts.)

(Bei Schluß der Redaktion dauert die Sitzung an.)

Die Parteipresse zur Brüning-Rede

Zustimmung nur beim Zentrum

Berlin, 13. Okt. Die ersten Mittwochmorgenblätter befassen sich bereits mehr oder weniger eingehend mit der ersten Reichstagssitzung, die ganz von den Ausführungen des Reichskanzlers ausgefüllt war. Bedingungslose Zustimmung findet der Kanzler nur in der „Germania", die seine Ausführungen eine mutige Rede nennt. Sie war der eindrucksvolle Rechenschaftsbericht, das persönliche Bekenntnis eines furchtlosen Mannes, der trotz aller Hetze und Intrige, trotz aller Verleumdung und haßerfüllter Agitation entschlossen ist, den steinigen Weg des sachlich Richtigen und Notwendigen weiterzugehen. Nicht zuletzt hat die Rede aber auch politisch eine begrüßenswerte Klärung gebracht. Der Kanzler hat die Parteien vor eine große geschichtliche Verantwortung gestellt. Wir sind überzeugt, daß die Mehrheit diese Verantwortung erkennt und ihr gemäß handeln wird. Der „Tag" schreibt: Der tieferliegende Zweck der großen politischen Rede des Kanzlers war der, die wankende Mitte unter Druck zu setzen. Es wird wieder einmal ein Wechsel auf die Zukunft vorgelegt, wie wir das schon wiederholt erlebt haben. Man will endlich Taten sehen. Die Lage draußen im Lande ist anders als hier im Hohen Hause, die Wirklichkeit anders als die Rede des Kanzlers. Innerhalb des geltenden politischen Systems war sie zweifellos eine Leistung. Aber eben deswegen, weil mit diesem System eine Lösung nicht gefunden werden kann, ist die nationale Opposition der Sitzung ferngeblieben und bringt damit ihren Standpunkt auf das wirksamste zum Ausdruck. Die „Nationalliberale Correspondenz" spricht von einem Rechenschaftsbericht: Offen, ehrlich, sachlich, vorsichtig, aber wo waren die entscheidungsvollen Taten in sechs Monaten der Vertagung? Eine Menge Stückwerk liegt vor. Wer wie er den Mut zur Unpopularität in fast Stresemannschen Formulierungen hervorhebt, der sollte aufhören, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Des Eindruckes, daß ein ernster Mann von Verantwortung seinen Bericht gab, entzog sich das Haus nicht. Die Hoffnung aber, daß er ein entschlossener Führer durch das Dunkel sein werde, hat kaum an Kraft gewonnen. Die „D. A. Z." bemerkt: Das Programm Dr. Brünings ist das Programm eines vorausschauenden und verantwortungsbewußten Mannes. Es hat nur den Fehler, daß er es mit der Machtkonstellation, auf die er sich stützen zu müssen glaubt, und mit dem Kabinett, das er gestern präsentiert hat, kaum wird durchführen können. Das „B. T." spricht in der Ueberschrift von einer scharfen Angriffsrede Dr. Brünings und von einem starken Eindruck im Reichstag, schreibt aber dann: Wer die Regierung in dieser Woche gegen den Ansturm ihrer alten und neuen Gegner schirmt, stellt sich nicht vor die grenzenlose Ausdehnung der Selbstherrlichkeit der Staatsorgane, vor die stellenweise schon deutlich hörbare und fühlbare Sprengung der Wälle, die den modernen Rechtsstaat umschließen. Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn die Regierung die mühsamen Versuche, noch einmal eine Mehrheit im Parlament für sie zu sammeln, so gröblich mißdeuten wollte. Die „Börsenzeitung" schreibt, in dem Ausblick in die Zukunft wie in der Verteidigung der Vergangenheit sei die Rede Brünings ein einziges Bekenntnis zu einer Regierungspolitik der Anlehnung an links, ein Bekenntnis zum Kampf gegen rechts gewesen. Seine Rede sei eine Kampfansage an jeden gewesen, der nicht der Meinung sei, daß das Brüningsystem das einzige Heilmittel für die deutsche Not sei. Die „Deutsche Tageszeitung" ist der Meinung, daß die Rede dem Reichskanzler in seiner gegenwärtigen Lage nicht allzuviel genutzt habe. Sie habe mit ihrem stark polemischen Ton gegen die Rechte der Opposition manches Stichwort geliefert und die Wirkung der Regierungserklärung nicht unterstrichen, sondern abgeschwächt. Die „Deutsche Zeitung" hebt hervor, daß sich der Reichskanzler nach seinen Drohungen und Vorwürfen nicht zu wundern brauche, wenn die Rechte in der kommenden Aussprache sehr genaue Untersuchungen über die Frage der Verantwortlichkeit anstelle. Der „Vorwärts" stellt fest, daß Brüning eine leidenschaftliche Kampfrede gegen rechts gehalten habe. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion werde gegen Harzburg stimmen.

Paris mit der Brüning-Rede zufrieden

Paris, 14. Oktober. Die Regierungserklärung und die anschließenden Ausführungen des Reichskanzlers finden in der französischen Presse starke Beachtung, ohne jedoch zu eingehender Stellungnahme zu veranlassen. Die großen Blätter begnügen sich im allgemeinen damit, die Rede Dr. Brünings ausführlich wiederzugeben, wobei sie das bisher unbekannte rednerische Talent des Reichskanzlers unterstreichen. Man ist der allgemeinen Auffassung, daß es ihm gelungen ist, die noch zögernden kleinen Gruppen für sich zu gewinnen und daß er am Freitag oder Sonnabend bei der Abstimmung eine Mehrheit erhält. Der Berichterstatter des „Echo de Paris" zollt der vom Reichskanzler entworfenen Finanzpolitik volles Lob, wendet sich aber gegen die Auffassung, daß die Reparationen den größten Teil der Schuld an dem finanziellen Zusammenbruch des Reiches trügen. Wenn man zu diesen Erklärungen Brünings noch diejenigen über die Rüstungspolitik hinzufüge, so sei man zu der Feststellung gezwungen, daß die Politik des Reichskanzlers so nationalistisch sei wie sie dies unter den gegenwärtigen Umständen nur sein könne. Der „Figaro" stellt fest, daß man diesmal besonders die gewohnten Andeutungen auf die Revision der Verträge vermisse. Deutschland sei sich endlich darüber klar geworden, daß es Frankreich dringend nötig habe. Das „Journal" betont unter anderem, daß die Rede des Reichskanzlers die mächtigste und dramatischste Kundgebung darstelle, die man bisher im Reichstag erlebt habe. Die Schlacht werde in Deutschland augenblicklich zwischen denjenigen geschlagen, die das Geld schützen wollten und denjenigen, die nicht vor einer Inflation zurückschreckten. Das Kabinett Brüning sei der letzte Pfeiler der Ordnung. Die Linkspresse begnügt sich mit der Wiedergabe der Ausführungen Dr. Brünings, ohne jedoch dazu Stellung zu nehmen.

Das Handwerk zur Notverordnung

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichsverband des Deutschen Handwerks und der Deutsche Handwerks- und Gewerbekammertag haben in einer ausführlichen Eingabe an den Reichskanzler zur dritten Notverordnung Stellung genommen, die zugleich auch den zuständigen Ministerien und Fraktionen des Reichstags übermittelt wurde. In der Eingabe wird erklärt, daß

das Handwerk in den Maßnahmen der Reichsregierung die große leitende Idee, den schöpferischen Gedanken vermisse, der das deutsche Volk aus der mittelbaren Not in eine bessere Zukunft weise.

Eine grundsätzliche Wandlung der bisherigen Methoden der deutschen Finanz- und Sozialpolitik in ihrer Wirkung auf die deutsche Wirtschaft, die namentlich die Lebensfähigkeit des gewerblichen Mittelstandes erhalte und stärke, bleibe dringendes Gebot. Für den geplanten deutschen Wirtschaftsbeirat nehmen die Spitzenverbände des Handwerks Bezug auf ihre Eingabe vom Juli d. J., in der die Reichsregierung ersucht wurde, bei allen Maßnahmen einen sachverständigen Vertrauensmann des Handwerks zu beteiligen. Nachdem jetzt die Bildung eines Wirtschaftsbeirats bei der Reichsregierung angekündigt sei, werde diese Bitte auf das dringendste wiederholt. Im einzelnen treten die Spitzenverbände für eine Uebergangsregelung zum Finanzausgleich ein, um die ungleichmäßige Behandlung der Steuerpflichtigen zu vermeiden. Die vorgesehene

Senkung der Hauszinssteuer sei unzureichend.

Auch die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft habe nunmehr zu erfolgen. Für die beabsichtigten Siedlungen wird die Einschaltung des selbständigen Handwerks gefordert. Für die Arbeitslosenversicherung seien Bestimmungen über die Einführung einer allgemeinen Bedürftigkeitsprüfung und über die Zusammenlegung wenigstens der Krisen- und Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge unerläßlich.

Der Mannsfeld-Bergbau wird weitergeführt

Berlin, 14. Oktober. Um die Weiterführung der Kupferbetriebe der Mannsfeld-A.-G. zu ermöglichen, haben die Gewerkschaften heute in eine weitere Senkung der Tariflöhne um 10 v. H. eingewilligt. Der neue Lohnvertrag gilt vom 1. Oktober 1931 bis zum 31. März 1932. Damit sind die Voraussetzungen für eine weitere finanzielle Hilfe des Reiches und des Landes Preußen für die Mannsfeld-A.-G. geschaffen.

Senkung der Notendeckungsgrenze in Dänemark

Kopenhagen, 14. Okt. Der Metallfonds zur Deckung der im Umlauf befindlichen Noten ist den veränderten Verhältnissen angepaßt worden. Bis zum 31. Juli 1932 wird nur ein Drittel der Banknoten durch Metall gedeckt sein (bisher 50 v. H.)

Empfänge bei Hindenburg. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute den deutschen Botschafter in Rom, Dr. von Schubert, ferner den zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannten Dr. Schlegelberger.

Zahlungseinstellung amerikanischer Banken. Zehn kleine amerikanische Banken mit Depots von insgesamt annähernd neun Millionen Dollar haben gestern ihre Zahlungen eingestellt.

Die Gegenrechnung der Sozialdemokraten

Berlin, 14. Okt. Im sozialdemokratischen „Vorwärts" finden sich unter der Ueberschrift „Unsere Reformvorschläge" die Anträge, die die sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt einbringen wird und die zugleich als programmatische Forderungen bezeichnet werden. Der erste Antrag befaßt sich mit der „Fürstenabfindung". Danach sollen die Länderregierungen ermächtigt werden, alle Leistungen aus Verträgen und Urteilen an ehemalige Fürsten und Mitglieder der standesherrlichen Familien mit sofortiger Wirkung einzustellen und die ganze Frage einer Neuregelung zuzuführen. Der zweite Antrag bezieht sich auf die Pensionskürzung und soll eine „wirksame Verschärfung der völlig unzureichenden Vorschriften der Notverordnung" bringen. Sämtliche Pensionen sollen auf höchstens 12 000 Mark gekürzt werden, und jedes sonstige Einkommen von mehr als 4000 Mark soll Anrechnung finden. Ein weiterer Antrag befaßt sich mit der Herabsetzung der „hohen Einkommen in der Privatwirtschaft" und bezeichnet diese Bestimmungen als unzureichend. Die Sozialdemokraten fordern, daß alle Gehälter und Pensionen in der Privatwirtschaft über 12 000 Mark um 20 bis 50 Proz. zu kürzen seien. Wenn ein Unternehmen diese Kürzung nicht oder nur unvollständig durchführt, so soll der Unterschiedsbetrag in der Form einer Sondersteuer an das Reich abgeführt werden. In weiteren Anträgen wird eine zusätzliche Naturalhilfe für die Erwerbslosen in der Form gefordert, daß die bisherige Geldunterstützung bestehen bleibt, daneben aber Kartoffeln und Kohlen dazugeliefert werden. Schließlich befassen sich die sozialdemokratischen Anträge mit dem Tarifrecht und verlangen von der Reichsregierung, „alle Pläne und Forderungen auf Beseitigung oder Aushöhlung des Tarifrechts abzulehnen und besonders die Angriffe auf die Unabdingbarkeit des Tarifrechts abzuwehren". Schließlich sollen die Notverordnungen dahingehend geändert werden, daß die Möglichkeit, durch Verwaltungsakt die Leistungen der Sozialversicherungen herabzusetzen, ausgeschaltet wird. Die Sozialdemokratie verlangt die glatte Streichung dieser Bestimmungen.

Das ist nun die Gegenrechnung, die von der Linken dem Reichskanzler Dr. Brüning aufgemacht wird, und der Kaufpreis, für den er die sozialdemokratischen Stimmen erhalten soll.

Die Jesuiten werden aus Spanien ausgewiesen

Madrid, 14. Oktober. Die spanische Nationalversammlung hat nach vierzehnstündiger stürmischer Sitzung mit 178 Stimmen gegen 59 die Ausweisung der Jesuiten aus Spanien und die Beschlagnahme ihres Eigentums beschlossen. Für die übrigen Religionsgesellschaften wird ein Sondergesetz geschaffen, das den religiösen Orden die Ausübung des Unterrichts verbietet und das die Verstaatlichung ihres Besitzes ermöglicht. Schließlich wurde die Aufhebung des Haushalts für Klerus und Kult in der Verfassung niedergelegt.

Die Genfer Fern-Ost-Beratungen

Genf, 14. Okt. Der Vorsitzende des Völkerbundsrates, Briand, hatte heute vormittag die Ratsmitglieder mit Ausnahme der Vertreter Chinas und Japans zu einer vertraulichen Vorbesprechung eingeladen. Wie verlautet, soll u. a. in der Konferenz erörtert worden sein, in welcher Form die Vereinigten Staaten bei der Behandlung des chinesisch-japanischen Konfliktes mitwirken werden. Man spricht davon, daß ein Vertreter der Vereinigten Staaten als Beobachter an den Ratssitzungen mit beratender Stimme teilnehmen soll. — Besonders aufgefallen ist hier, daß Briand, vermutlich einem Wunsche der kleineren Mächte Rechnung tragend, heute nicht nur die Großmächte allein, sondern auch die anderen Ratsmitglieder zu der Besprechung gebeten hatte.

Japans Bedingungen an China

London, 14. Okt. Britischen Meldungen zufolge erklärte am Dienstag der japanische Außenminister den Mitgliedern des diplomatischen Korps, daß Japan beschlossen habe, in unmittelbaren Verhandlungen mit China über die Einstellung der japanischen Operation in der Mandschurei folgende Bedingungen zu stellen:

1. Einstellung aller japanfeindlichen Propaganda in China, besonders auch Fortlassung japanfeindlicher Anspielungen in chinesischen Schulbüchern. — 2. Endgültige Anerkennung der japanischen Rechte in der Mandschurei. — 3. Verhandlungen zwischen Japan und China in Nanking, ferner in gewissen anderen Städten unter Zuziehung der örtlichen mandschurischen Behörden.

Derselben Meldung zufolge hat das japanische Kriegsministerium den Oberbefehlshaber in der Mandschurei, General Honjo, angewiesen, jeden Anschein einer weiteren Verschärfung der Lage zu vermeiden.

Nach einer Mitteilung der Telegraphen-Agentur der Sowjetunion hat das japanische Kriegsministerium angeordnet, daß verschiedene Truppenteile der Armee, die in Fusan und Gensan liegen, sich marschbereit halten sollen. Nach anderen Meldungen sollen weitere etwa 8000 Mann nach China gesandt werden, um den japanischen Militärschutz zu verstärken.

Auf Matuschkas Spuren

Berlin, 14. Oktober. In der Ortschaft Caputh bei Potsdam, die schon in den ersten Erörterungen über das Jüterboger Attentat genannt wurde und wo erst vor einigen Tagen größere Sprengstoffmengen gefunden worden sind, hat sich gestern ein Chauffeur, der als sehr zuverlässig gilt, beim Amtsvorsteher gemeldet und mitgeteilt, er erkenne in den veröffentlichten Bildern des Matuschka einen Mann, der ihn zwei Tage nach dem Jüterboger Anschlag in Caputh angesprochen und nach dem Weg nach Potsdam gefragt habe.

Kriminalrat Gennat ist mit Kriminalkommissar Dr. Berndorff vom Berliner Polizeipräsidium in Wien eingetroffen und hatte bereits Gelegenheit, einem Verhör mit Matuschka beizuwohnen.

Polnisches Zuchthausurteil gegen einen deutschen Beamten

Ostrowo, 14. Oktober. Vor mehreren Monaten wurde der deutsche Kriminalbeamte Anton Preiß aus Namslau (OS.), der bei Glausche (Kreis Kempen) versehentlich die polnische Grenze überschritten hatte, von einem polnischen Grenzsoldaten entwaffnet und festgenommen. Vor dem Bezirksgericht in Ostrowo fand gestern der Prozeß gegen Preiß statt. Er sah nach der fünfmonatigen Untersuchungshaft sehr angegriffen aus. Nachmittags wurde das Urteil verkündet, das ihn zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Preiß sei der Spionage überführt. Der Verteidiger hat gegen das Urteil sofort Berufung eingelegt.